

# **Kirche und Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

r. 60

## **Europawahl 1979**

von Albrecht Langner

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
405 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

In der Zeit vom 7.–10. Juni 1979 finden in den neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft die ersten Direktwahlen zum Europaparlament statt. Der Wahltermin für die Bundesrepublik Deutschland ist auf den 10. Juni 1979 festgesetzt worden. Man spricht angesichts der Neuartigkeit und Zukunftsbedeutung dieses Ereignisses von einer „Jahrhundertwahl“.

### **Die Absicht der ersten europäischen Direktwahl**

Die europäische Einigung begann als Wirtschaftsunion: 1951 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), 1957 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Zugleich verfolgten die Gründungsväter der ersten europäischen Institutionen neben einer Integration der Märkte eine politische Integration mit einer schon damals vertraglich in Aussicht genommenen Durchführung von Direktwahlen zum Europaparlament.

Einen schweren Rückschlag erlitt der Gedanke der politischen Einigung durch das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 am Widerstand Frankreichs sowie im Jahre 1963, als der französische Staatspräsident de Gaulle den Beitritt Englands zur EWG verhinderte.

Inzwischen hat sich ein Europa „von oben“ gebildet, ein Europa der Regierungen, der Bürokratie und der Technokraten, ein mehr administratives Europa, das, wie seine Kritiker sagen, den Europagedanken nur verwaltet, im Kern beherrscht von nationalen ökonomischen Interessen und vom „grünen Protektionismus“ des Agrarmarktes, mit nur unzulänglichem Engagement und Mitspracherecht der Bürger.

Mit der ersten Direktwahl zum Europaparlament werden angesichts dieser Entwicklung nunmehr folgende Zielsetzungen bzw. Hoffnungen verbunden:

- eine Wiederbelebung des europäischen Einigungsgedankens schlechthin durch die unmittelbare Beteiligung der Bürger;
- eine daraus folgende Stärkung europäischen Bewußtseins und europäischer Verantwortung, welche aus der bisherigen ökonomischen Verengung eines administrativen Europa hinaus in die integrale politische, gesellschaftsethische und geistig-kulturelle Dimension der europäischen Einigung führt;
- die Schaffung demokratisch legitimierter und kontrollierter, mit mehr Transparenz ausgestatteter europäischer Willensbildungsprozesse in den Institutionen der Gemeinschaft;
- eine Stärkung der Kompetenzen des europäischen Parlaments, bisher beschränkt auf Anhörungs- und reduzierte Haushaltsrechte, hin zu einem wirklichen Gesetzgebungs- und Kontrollrecht;
- als langfristiges Ziel die Schaffung einer europäischen Föderation im Sinne eines europäischen Bundesstaates; als sein erster Baustein wird

- eben das im Juni von allen Bürgern zu wählende europäische Parlament angesehen;
- der europäischen Stimme auf Weltebene entsprechend ihrem wirtschaftlichen und politischen Potential Gewicht und Geltung zu verschaffen;
- einen wirksamen Beitrag zur Sicherung des Friedens zwischen Ost und West zu leisten;
- der Dritten Welt ein fruchtbarer und hilfreicher Partner zu sein.

Europas historische Gabe an die Welt ist die aus seiner christlich geprägten Kultur gewachsene Grundlegung der drei kultur- und ordnungsethischen Prinzipien, auf denen zugleich jede freiheitliche und menschengerechte demokratische Gemeinschaft beruht:

- Der Mensch als Person mit dem Anspruch auf Würde und Freiheitsraum um seiner selbst willen: Es muß die Person Ursprung und Ziel des gesellschaftlichen Lebens bleiben (personalistisches Leitbild im Gegensatz zu jedem individualistischen bzw. kollektivistischen Gesellschaftsbild). Im Europaparlament werden sozialistische bzw. kommunistische Kräfte vertreten sein, die deutlich dem Kollektivismus verbunden sind und damit dem widersprechen, was den gerade heute zu bewahrenden Kern christlich-europäischer Kulturtradition ausmacht.
- Aus allem resultierend die Forderung nach der Menschenwürde entsprechenden Freiheitsräumen personaler Selbstverwirklichung und Daseinsgestaltung: Der Staat hat die Person als Erstverantwortlichen dieser Daseinsgestaltung zu respektieren. Er ist darüber hinaus auf Hilfeleistung zur Selbsthilfe, zum Handeln dort verpflichtet, wo die Eigenkräfte von Person und Gesellschaft nicht ausreichen. Die öffentliche Hand ist auf der Basis dieser Funktionsteilung zwischen Staat und Gesellschaft nicht allzuständig (Kompetenzprinzip der Subsidiarität).
- Ausgehend von der sozialen Anlage und sozialen Verpflichtung des einzelnen: Eine freiheitliche Verhältnisbestimmung von eigenverantwortlicher Daseinsgestaltung und sozialer Bindung der Freiheitsrechte, welche die Eigenständigkeit der Person unangetastet läßt (Prinzip der Solidarität auf personalistischer, d. h. weder individualistischer noch kollektivistischer Grundlage).

Die lange nur auf die ökonomische Integration konzentrierte Einigung Europas hat bei der Mehrheit der Parteien bisher noch keine, mit deutlichen Konturen versehene Tradition in der Herausstellung derjenigen humanen und sozialen Grundwerte gezeitigt, welche der europäischen Einigung erst ihre „Seele“ und ein tieferes Fundament verleihen kann. Ein entsprechendes Vakuum ist unübersehbar.

### **Teilnahme an der Europawahl**

Wahlberechtigt sind insgesamt 181 Millionen europäische Bürger. Gewählt werden 410 Abgeordnete auf 5 Jahre (bisher 198 Abgeordnete,

die von den nationalen Parlamenten ohne direkte Beteiligung der Bürger entsandt wurden).

Auf die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich entfallen je 81 Sitze, auf die Niederlande 25, auf Belgien 24, auf Dänemark 16, auf Irland 15 und auf Luxemburg 6 Sitze.

Für das Wahlverfahren in der Bundesrepublik gilt abweichend von Bundestagswahlen allein das Verhältniswahlrecht mit der Folge, daß die Parteien Landes- oder Bundeslisten für ihre Kandidaten aufstellen. Wahlkreise werden danach nicht gebildet. Jeder Bürger gibt also nur eine Stimme ab und zwar für die Liste der Partei seiner Wahl, während er bei Bundestagswahlen eine weitere Stimme für den Wahlkreiskandidaten, für den er sich entscheidet, zur Verfügung hat.

Europa als „ökonomische Zugewinnsgemeinschaft“ nationaler Egoisten, als „Schnittpunkt“ wirtschaftlicher Interessenkämpfe der Regierungen habe, so sagt man, zwei fatale Folgen gezeitigt:

- ein Desinteresse der europäischen Bürger am Gegenwartszustand eines protektionistischen und administrativen Europa „von oben“, verbunden mit einer ungerechten Unterschätzung der tatsächlichen ökonomischen Fortschritte, welche die wirtschaftliche Integration bei allen Mängeln gebracht hat;
- darüber hinaus aber auch einen immer geringer werdenden Glauben an die Kraft der Zukunftsidee eines politisch geeinten Europas angesichts des schlechten Beispiels einiger noch in nationalem Denken befangener Kräfte (besonders in Frankreich und England), die eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Souveränität und engeren nationalen Interessen bedacht sind.

Wird die erste Direktwahl im Juni 1979 tatsächlich eine Wahl der Europamüdigkeit und des Desinteresses? Bisherige Untersuchungen ergeben ein problematisches Bild. Danach liegt das Interesse der wahlberechtigten Bürger in Europa an der Direktwahl weit unter demjenigen an nationalen Wahlen.

Eine im Oktober/November 1978 von der EG-Kommission vorgenommene Analyse<sup>1)</sup> ergibt, daß rund der Hälfte der über 18jährigen in der Europäischen Gemeinschaft die bevorstehende Direktwahl noch unbekannt war, daß nur 52 Prozent der wahlberechtigten Bürger mit Sicherheit, 25 Prozent wahrscheinlich an der Europawahl teilnehmen werden und die Bundesrepublik (mit Belgien) im europäischen Vergleich das Schlußlicht bildet mit nur 31 Prozent, die bestimmt, und mit 36 Prozent, die wahrscheinlich den Gang zur Urne antreten wollen.

Während ferner die Hälfte der EG-Bürger in der ersten Direktwahl Chancen eines Fortschritts für Europa sieht, teilen in der Bundesrepublik nur 40 Prozent diese Ansicht, wobei es unter den Parteien nur geringe Unterschiede gibt<sup>2)</sup>.

Diese Situation ist kaum befriedigend. Es bleibt abzuwarten, ob sie am Wahltag bestätigt wird.

In deutlichem Kontrast zu diesem wenig erfreulichen Bild bei den Bür-

gern der Bundesrepublik steht dagegen die Tatsache, daß der deutsche Katholizismus und seine Bischöfe im Gesamt des Katholizismus in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft als die aktivsten Kräfte im Engagement für Europa angesehen werden. So haben die deutschen Bischöfe, unter ihnen besonders Joseph Kardinal Höffner, entscheidenden Anteil am Zustandekommen der Erklärungen der europäischen Bischofskonferenzen zu Europa vom Juni 1977 und vom April 1979. Die deutschen Bischöfe sowie die katholischen Verbände in der Bundesrepublik haben zahlreiche entsprechende Stellungnahmen abgegeben, Veranstaltungen und Publikationen initiiert und zur Teilnahme an der Europawahl aufgerufen.

In der schon erwähnten Erklärung der europäischen Bischofskonferenzen vom April 1979 richten die Bischöfe der neun Länder der Europäischen Gemeinschaft „an alle Katholiken die Bitte, sich angesichts der bevorstehenden Wahlen für das Europäische Parlament ihrer Verantwortung bewußt zu sein und deren Tragweite abzuschätzen, damit sie als Christen aktiv und verständlich in europäischen Fragen mitwirken können“<sup>19)</sup>.

Die Bürger in Europa sollten begreifen, daß ihre politischen Rechte ihnen nicht nur nationale, sondern heute in besonders hohem Maße auch europäische Verantwortung auferlegen und daß sie gehalten sind, dieser Verantwortung am Tag der ersten europäischen Direktwahl durch den Gang zur Wahlurne nachzukommen. Nur eine möglichst hohe Wahlbeteiligung wird auf die Dauer die Regierungen Europas zum Handeln bewegen können.

### **Parteienzusammenschlüsse und Fraktionsgemeinschaften des Europaparlaments im Überblick**

Insgesamt sind folgende Parteiengruppierungen auf europäischer Ebene zu unterscheiden: Christliche Demokraten, Konservative (England, Dänemark), Liberale, Sozialisten, Kommunisten.

Alle diese Gruppen sind bestrebt, im Europaparlament durch Fraktionszusammenschluß jeweils gemeinsam aufzutreten sowie sich durch gemeinsame Programme und übernationale organisatorische Vereinigungen mehr politische und parlamentarische Durchschlagskraft zu sichern.

Für die Sitzverteilung im Europaparlament an die aus den jeweiligen nationalen Parteien zusammengesetzten Fraktionen gelten gegenwärtig folgende Zahlen (bei insgesamt noch 198 Sitzen, die für die bevorstehende Direktwahl auf 410 erweitert worden sind):

Sozialistische Fraktion als stärkste Gruppierung: 65 Sitze (32,8 %); christlich-demokratische Fraktion: 53 Sitze (26,7 %); liberale und demokratische Fraktion: 23 Sitze (11,6 %); konservative Fraktion (England,

Dänemark): 18 Sitze (9,1 %); Fraktion der Kommunisten und ihnen Nahestehender: 17 Sitze (8,6 %).

Den höchsten Einigungsgrad haben die christlichen Demokraten und die Liberalen erreicht, während Sozialisten und Kommunisten außerstande waren, zur Direktwahl im Juni 1979 ein gemeinsames Wahlprogramm zu verabschieden.

## **Wahlprognosen zur ersten Direktwahl des Europaparlaments**

Bezüglich der Erfolgsaussichten der Parteien haben Untersuchungen der Vergangenheit zunächst ergeben, daß sich am bisherigen Kräfteverhältnis nichts Wesentliches ändern würde. Inzwischen ist im Januar 1979 eine Analyse der EG-Kommission bekannt geworden, nach der deutliche Verschiebungen und eine Vergrößerung des sozialistischen Vorsprungs nahe liegen sollen. Zu den konkreten Zahlen:

„Sie besagen, daß derzeit 38,5 Prozent der europäischen Bürger die Sozialisten wählen würden, 22,1 die Christlichen Demokraten, 9,9 Prozent die Liberalen und 7,5 Prozent Kommunisten und mit ihnen verbundene Gruppierungen. In der Bundesrepublik würden danach 47,5 Prozent den Sozialdemokraten, 41,6 Prozent der Union und 8 Prozent den Freien Demokraten zugute kommen<sup>(4)</sup>).

Eine kurz zuvor veröffentlichte Simulationsstudie kommt im Hinblick auf die Sitzverteilung zu Ergebnissen, die für die Sozialisten weniger günstig sind und vom bisherigen Zustand der Kräfteverhältnisse unter Berücksichtigung der Erhöhung der Parlamentssitze von 198 auf 410 kaum abweichen. Danach erhalten unter den nichtsozialistischen Fraktionen die christlichen Demokraten 105, die Liberalen 33 und die Konservativen 36 Sitze, also zusammen 174 Sitze, während den Sozialisten 125 und den Kommunisten 46, zusammen 171 Sitze zufallen sollen<sup>5)</sup>.

Die Blockbildungen führen zwar nach allem nicht zum klaren Übergewicht der einen oder der anderen Seite. Sollte das Europaparlament jedoch, wie angestrebt, erweiterte bzw. echte gesetzgeberische Kompetenzen erhalten, so erhebt sich noch dringender als bisher die Frage, wie diejenigen Gruppen genügend Einfluß entfalten können, welche bestrebt sind, die Tradition des europäischen freiheitlichen Rechts- und Verfassungsstaates zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Dieses Problem ist nicht zuletzt für die Bundesrepublik bedeutsam, deren Grundgesetz das freiheitliche liberaldemokratische Prinzip in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, besonders dokumentiert durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, im europäischen Vergleich herausragend deutlich profiliert hat und bei einem weniger konsequenten europäischen Rechtsbildungsprozeß zu Lasten seiner Substanz wesentlich relativiert werden könnte.

## **Mögliche Koalitionen im zukünftigen Europaparlament – Fragen einer Volksfront zwischen Sozialisten und Kommunisten**

Die christlichen Demokraten neigen angesichts einer sozialistischen Fraktion, welche auf Grund einer reformistischen und betont marxistischen Flügelbildung die am wenigsten homogene Gruppe im Europaparlament bildet, weniger zu einer „großen Koalition“, in der zudem die sozialistische Fraktion als die stärkere führend wäre. Bevorzugt wird vielmehr eine Zusammenarbeit der Kräfte der Mitte, d. h. der christlichen Demokraten, der Liberalen und Konservativen, ein Verfahren, das bereits in Abstimmungscoalitionen praktiziert worden ist.

Die Frage ist nun, mit wem die sozialistische Fraktion, die auch weiterhin allein nicht mehrheitsfähig sein wird, einen Stimmblock bilden kann. Die sozialistische Fraktion ist nach allgemeiner Auffassung der am wenigsten berechenbare Faktor im Kräftespektrum des Europaparlaments geworden. Befindet sich schon die deutsche Sozialdemokratie in einer europäischen Fraktionsgemeinschaft, welche die bisher im europäischen Vergleich eher rechte SPD auch in der Bundesrepublik einem Sog nach links aussetzen kann, so gilt diese Richtungsentwicklung ganz besonders für die sozialistische Fraktionsgemeinschaft selbst. Der SPD dürfte für die Politik dieser Fraktionsgemeinschaft eine möglicherweise entscheidende Verantwortung zufallen, besonders im Hinblick auf die Volksfrontfrage, d. h. die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten. Klimatisch hat der Europawahlkampf in den einzelnen Ländern eine zunehmende Polarisierung zu den christlichen Demokraten im Gefolge gehabt, welche als der auf nationaler Ebene jeweils stärkste Gegner etwa von der SPD in ihrem Europawahlprogramm als „Hauptgegner“ im „Streit um die Mehrheit“ bezeichnet werden.

Das starke Vordringen linkssozialistischer bzw. betont marxistischer Positionen im Gesamt des europäischen Sozialismus läßt eine Entwicklung erkennen, von der befürchtet wird, daß sie zu einer immer deutlicheren Distanzierung dieser Parteien vom traditionellen liberaldemokratischen Rechts- und Verfassungsstaat der europäischen Tradition führt. Die sozialistischen Parteien stellen auf diese Weise nach allgemeiner Auffassung, wie schon angedeutet, die in Zukunft am wenigsten berechenbare Kraft im Europaparlament dar. Besondere Befürchtungen werden angesichts eines zukünftigen Eintritts der betont linkssozialistisch bzw. marxistisch orientierten sozialistischen Parteien Portugals, Griechenlands und Spaniens in die Fraktionsgemeinschaft des Europaparlaments laut, wenn die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, wie vorgesehen, entsprechend fortgeschritten ist. Eine Partei wie die der französischen Sozialisten hat bereits Erfahrungen in der Aktionsgemeinschaft mit Kommunisten. Werden sich also verwandte Kräfte im Europaparlament verstärken?

## Die Parteiengemeinschaft der christlichen Demokraten Europas

Die christlichen Demokraten haben sich 1976 in der „Europäischen Volkspartei – Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ (abgekürzt EVP) zusammengeschlossen. Dem ursprünglichen Vorschlag von CDU/CSU, einen Zusammenschluß aller Parteien der politischen Mitte anzustreben, widersetzen sich die übrigen Parteien, welche auf dem rein christlich-demokratischen Charakter des Zusammenschlusses bestehen und das Weitere außerparteilichen Koalitionen überlassen wollen. Die konservativen Parteien (England, Dänemark) sind der EVP nicht beigetreten.

Der EVP gehören folgende christlich-demokratische Parteien an: Deutschland: CDU und CSU; Belgien: Christliche Volkspartei (Flandern) und Christlich-Soziale Partei (Wallonien); Frankreich: Centre des Démocrates Sociaux; Irland: Fine Gael; Italien: Democrazia cristiana und Südtiroler Volkspartei; Niederlande: Antirevolutionäre Partei, Christlich-Historische Union und Katholische Volkspartei, alle drei vereinigt im „Christlich-Demokratischen Appell“.

Die EVP hat 1978 ein gemeinsames Programm beschlossen, das die einzelnen Parteien in ihren Ländern zugleich unter ihrem Namen und dem der EVP verbreiten. Die Unionsparteien der Bundesrepublik haben auf dieses Programm einen maßgeblichen Einfluß genommen. Durch sie ist der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausdrücklich in den Text aufgenommen und damit erstmals in einer publizistisch so wirksamen Form im außerdeutschen Raum verbreitet worden.

Im einzelnen sagt das Programm hierzu, das Fundament einer freiheitlichen und zugleich sozial gerechten Politik „ist die Soziale Marktwirtschaft“. „Sie ist die dynamische Wirtschafts- und Sozialordnung, deren Leistungsfähigkeit auf dem Prinzip der verantworteten Freiheit, der Initiative des einzelnen, der schöpferischen Kraft aller wirtschaftlich Tätigen und dem Wettbewerb auf dem freien Markt beruht. In ihr beweist sich soziale Verantwortung durch aktive Solidarität. Sie überwindet Kapitalismus ebenso wie Kollektivismus.“

Außerdem wird ausdrücklich das Sozialprinzip der „Subsidiarität“ zur Begrenzung der staatlichen Gewalt in Wirtschaft und Gesellschaft genannt, wie es sich in der katholischen Soziallehre findet.

Ferner bekennt sich das Programm der EVP zur „christlichen Verantwortung“ im gesellschaftlichen Handeln, zur Verwirklichung der „christlichen und personalen Werte“ der Europäischen Tradition, zu einem „Menschenbild, das von christlichen Grundwerten geprägt ist“.

Die deutschen Bischöfe haben übrigens wiederholt auf die Soziale Marktwirtschaft als auf ein menschengerechtes, dabei der ständigen Fortbildung bedürftiges Mittel christlicher Gesellschaftsverantwortung im Sinne der katholischen Soziallehre hingewiesen<sup>6)</sup>.

Als Endziel der europäischen Einigung wird eine europäische Föderation angestrebt, oder, wie es im „Europäischen Manifest“ der CDU heißt, ein

europäischer Bundesstaat mit einem europäischen Parlament, das Gesetzgebungsrechte besitzt, ferner mit einer Regierung, welche allein diesem Parlament verantwortlich ist, sowie mit einer aus den europäischen Regierungen gebildeten Staatenkammer, welche mit unserem Bundesrat verglichen werden kann.

Im Programm der EVP werden nach allem die sittlich-humanen Werte und der personal-freiheitliche Charakter einer menschengerechten Gesellschaft besonders betont: „Dadurch wollen wir die europäische Kultur in lebendigem Bezug auf ihre christlichen und personalen Werte weiterentwickeln“. Und ferner: „In Erneuerung und Entfaltung der Kultur sehen wir die große Chance, der gesellschaftlichen Uniformität, dem wachsenden Materialismus und marxistischer Ideologisierung entgegenzuwirken.“

Im Europaparlament bilden die christlichen Demokraten, wie schon einmal erwähnt, gegenwärtig nach den Sozialisten die zweitstärkste Fraktion. Durch Abstimmungscoalitionen u. a. mit den Liberalen ergab sich in der Vergangenheit jedoch häufig eine Mehrheitsposition gegenüber den Sozialisten.

### **Die SPD und der europäische Zusammenschluß der sozialistischen Parteien**

Die sozialistischen Parteien der EG, welche außerdem der Sozialistischen Internationale unter dem Vorsitz von Willy Brandt angehören, haben 1974 den „Bund der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ gegründet, wie die deutsche Version lautet. In den anderen Sprachen ist von „sozialistisch“ die Rede.

Dem Bund gehören heute folgende Parteien an: Deutschland: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD); Frankreich: Parti socialiste français (PSP) unter der Führung von F. Mitterand; Großbritannien: Labour Party; Italien: Partito socialista italiano (PSI); Niederlande: Partij van de Arbeid (PvdA); ferner die sozialistischen Parteien Irlands, Nordirlands, Dänemarks, Belgiens und Luxemburgs. Diese Parteien stellen im Europaparlament die stärkste Fraktion.

Der Bund der sozialistischen Parteien in der EG ist im Hinblick auf die Fragen der europäischen Einigung zutiefst gespalten. So ist es weder zur Gründung einer gemeinsamen europäischen Partei der Sozialisten etwa nach dem Vorbild der Europäischen Volkspartei (EVP) der christlich-demokratischen Parteien noch überhaupt zu einem gemeinsamen Wahlprogramm gekommen.

Während sich besonders die deutschen und italienischen Parteien, wie auch die christlichen Demokraten und Liberalen dieser Länder, mit Nachdruck für einen Fortschritt der politischen Einigung Europas und für eine Erweiterung der Kompetenzen des Europaparlaments einsetzen, widersprechen die französischen Sozialisten (Mitterand) und die britische Labour Party diesem Vorhaben ganz entschieden.

Man hat hierzu bemerkt, daß diese Parteien den „Europa-Schwerpunkt auf Sozialismus, nicht auf Integration legen“<sup>(7)</sup>). Im übrigen spielen nationale Gesichtspunkte und Interessen eine entscheidene Rolle.

Die Einigungsebene der Sozialisten stellt nicht ein Konzept für die fortschreitende europäische Integration, vielmehr die Kapitalismuskritik dar. So sind die bisherigen Dokumente der europäischen Sozialisten von dem Bestreben getragen, die Gemeinsamkeit vornehmlich in traditionellen sozialistischen Zielen einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herauszustellen und im übrigen den jeweiligen sozialistischen Parteien für ihre außerordentlich unterschiedlichen nationalen Positionen zur europäischen wirtschaftlichen und politischen Einigung Raum zu lassen.

Die Europaferne der Verlautbarungen des Bundes der sozialistischen Parteien in der EG wird deutlich, wenn man sie mit denen der Sozialistischen Internationale vergleicht: Die „Politische Erklärung“ der Vorsitzenden der sozialistischen Parteien in der EG von 1978 stellt im wesentlichen nur eine Wiedergabe der auf „Sozialismus“ und naturgemäß nicht primär auf Europa gerichteten Programmatik der Sozialistischen Internationale<sup>(8)</sup>) als eines Weltbundes der Sozialisten dar.

Den Schwerpunkt der genannten „Politischen Erklärung“ bilden folglich Wirtschaftsdemokratische Konzepte als Basis antikapitalistischer Gesellschaftsveränderung. Danach geht es um „eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern“<sup>(9)</sup>). Die „klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik“ hätten sich als „unzureichend erwiesen“<sup>(10)</sup>.

Anzustreben sei eine „Demokratisierung der Wirtschaft“ im Sinne einer Kontrolle und Lenkung von Unternehmen, der Investitionen und Kapitalbewegungen<sup>(11)</sup>).

Zum Vergleich sei die Resolution der Sozialistischen Internationale von Genf 1976 zitiert, in der es heißt: „Ohne Demokratie gibt es keinen Sozialismus, und ohne Sozialismus keine Demokratie“<sup>(12)</sup>). Nur der „demokratische Sozialismus kann die Menschenrechte schützen“<sup>(13)</sup>). Der Sozialismus sei „die einzige Alternative zu Kapitalismus und Sozialismus“. Es ist die Rede vom „Versagen des kapitalistischen Systems der nicht geplanten freien Marktwirtschaft“<sup>(14)</sup>). Gefordert wird „weitreichende Regierungsintervention in Wirtschaftsunternehmen durch Inbesitznahme oder Kontrolle durch die öffentliche Hand“<sup>(15)</sup>).

Die SPD verfährt demgegenüber in ihrem nationalen Europawahlprogramm (beschlossen im Dezember 1978 in Köln)<sup>(16)</sup>) zweigleisig: Zum einen setzt sie sich nachdrücklich für einen Ausbau der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft, vor allem – und anders als besonders die französische und englische Schwesterpartei – für das volle Recht der Gesetzesinitiative und Gesetzgebung des Europaparlaments ein (S. 65), zum anderen steht sie zugleich profiliert auf dem Boden der Sozial- und Kapitalismuskritik der Sozialistischen Internationale.

Wie diese spricht die SPD von „Planung und Demokratisierung“ der Wirtschaft (S. 27), von der Umwandlung von privaten Unternehmen in „Gemeineigentum“ (S. 29), von der Notwendigkeit öffentlicher „Investitionsplanung“ (S. 15) und davon, daß sich „die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik. . . als unzureichend erwiesen“ haben und demgegenüber eine „wirtschaftliche Rahmenplanung“ notwendig sei (S. 10). Gefordert wird schließlich eine „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“ (S. 6). Mit diesen Grundsätzen sind gegenüber dem Godesberger Programm deutlich neue Akzente gesetzt worden, welche geeignet sind, das Bild von der im europäischen Vergleich bisher am meisten „rechten“ SPD zu transformieren.

Die sozialdemokratischen Postulate treffen sich nicht zuletzt mit der gewerkschaftlichen Forderung nach einem „Europa der Arbeitnehmer“, wie der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf dem Kölner Parteitag der SPD im Dezember 1978 anlässlich der Verabschiedung des Europawahlprogramms der SPD formulierte<sup>17)</sup>.

Die Übernahme gewerkschaftlicher Forderungen in dieses Programm wird besonders markant durch das Postulat der Übernahme der 35-Stunden-Woche (S. 18) und des gesetzlichen Verbots der Aussperrung in das Recht der Europäischen Gemeinschaft unterstrichen (S. 62).

Die SPD folgt hiermit Forderungen nicht nur des DGB sondern auch des Europäischen Gewerkschaftsbundes, beides Organisationen, deren man sich als Massenbasis für die Durchsetzung politischer Forderungen versichern will. Der „Spiegel“ schreibt hierzu: „Keine andere Partei versucht so offenkundig wie die SPD in Brüssel, Luxemburg und Straßburg einzufädeln, was im eigenen Land undurchführbar scheint, die 35-Stunden-Woche etwa oder das verfassungsmäßige Verbot der Aussperrung streikender Arbeitnehmer. Das Europa des Europa-Jahres 1979 präsentiert sich randvoll mit Widersprüchen“<sup>18)</sup>.

Das „Europa der Arbeitnehmer“ könnte eine Verengung der Gesamtperspektive europäischer Einigungsbestrebungen wiederum auf letztlich doch nur ökonomische Zielsetzungen unter anderem Vorzeichen und unter weiterhin praktizierter Vernachlässigung der großen politischen Fragen und besonders des Problems einer rechts- und verfassungsstaatlich geordneten gesamtgesellschaftlichen europäischen Gemeinschaftsstruktur bedeuten.

Es geht nicht um ein „Europa der Arbeitnehmer“ oder um ein „Europa der Unternehmer“, Konzepte, welche nach dem Vorbild von Karl Marx den Gesellschaftsprozess lediglich auf einen Gegensatz von Kapital und Arbeit reduzieren, vielmehr um eine europäische Gemeinschaft und europäische Gesellschaftsordnung für alle Menschen und Bürger im Sinne der grundlegenden Werte personaler Daseinsgestaltung schlechthin.

„Die Zeit“ bemerkt kritisch: „Die SPD beschäftigte sich zuerst mit sich selbst, dann mit der innenpolitischen Konkurrenz und erst in dritter Linie mit Europa“<sup>18)</sup>. Und weiter: „Europa mit der sozialistischen Seele

suchend, haben die Sozialdemokraten ein Programm entworfen, das zumindest einen Zweck erfüllt: Es kann den Hang zur Sozialromantik befriedigen, den viele Genossen im eigenen Land schon lange unterdrücken müssen. Investitionskontrolle für multinationale Unternehmen, 35-Stunden-Woche und Kampf gegen die Aussperrung – Schlagwörter die beim Hausgebrauch lieber ausgespart werden, weil sie die Wähler schrecken könnten, finden im Europa-Katalog reichlich Verwendung. Soll etwa das Modell Deutschland auf Umwegen über Europa sozialistisch aufgemöbelt werden?<sup>19)</sup>

### **Das Bündnis von DGB und SPD im Europawahlkampf – Gefährdung der Einheitsgewerkschaft?**

Der „Schulterschuß“ zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Europawahlkampf hat erhebliches Aufsehen erregt. Er wird einmal durch das ausdrückliche Bekenntnis der SPD im Europawahlprogramm zur „Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften“ (S. 11) und die schon erwähnte Übernahme gewerkschaftlicher Forderungen in das Programm (vor allem 35-Stunden-Woche, Verbot der Aussperrung) sowie durch die Kandidatur führender Gewerkschafter, ganz besonders aber durch die Kandidatur des DGB-Vorsitzenden auf der Bundesliste der SPD für die Europawahl dokumentiert.

Auf dieser Liste folgen dem Spitzenkandidaten Willy Brandt der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, sodann der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter sowie der Vorsitzende der IG Chemie, Karl Hauenschild.

Bei den sozialistischen Parteien des Auslands ist das Bündnis zwischen Partei und Gewerkschaft die Regel. Zu beachten ist jedoch, daß im Ausland die Richtungsgewerkschaft maßgebend ist, während wir es in der Bundesrepublik mit dem DGB als Einheitsgewerkschaft zu tun haben, welche Mitglieder aller Parteien aufweist, darunter gut 30 Prozent Unionsanhänger.

Der DGB operiert heute nicht mit dem Prinzip der parteipolitischen Neutralität, vielmehr mit dem weniger strengen der parteipolitischen Unabhängigkeit.

Die Gründungsväter des DGB haben jedoch auch dieses letztere Prinzip aus einem anderen Geist heraus verstanden. Hans Böckler schrieb 1945: „Die Einheitsgewerkschaft ist das Ziel aller, die guten Willens sind“<sup>20)</sup>. Dieser gute Wille manifestierte sich später darin, daß sich in einer noch heute Aufmerksamkeit erregenden Weise DGB-Vorsitzende wie Ludwig Rosenberg und Willi Richter seinerzeit besonders konsequent zurückhaltend im Hinblick auf ein öffentliches parteipolitisches Engagement zugunsten der SPD verhalten haben.

Ein bekannter und engagierter Gewerkschafter wie Norbert Blüm schreibt hierzu: „Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes kandidiert für die SPD zum Europaparlament. Damit verliert der Vorsit-

zende der Einheitsgewerkschaft eine wichtige Klammerfunktion und wird zum Wahlkampfgegner der christlich-demokratischen Mitglieder seiner Organisation. Es galt bisher als ungeschriebenes Gesetz der Einheit, daß der Spitzenrepräsentant des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht als Kandidat an Wahlkämpfen teilnimmt. Der Vorgang ist ein Signal. Die parteipolitische Hemmschwelle sinkt.“

Vergessen worden ist offenbar, daß die Gründungsväter der Einheitsgewerkschaft die „parteipolitische Unabhängigkeit“ im Sinne einer unverkürzten Beheimatung der Mitglieder, unabhängig von „politischer Einstellung“ und Parteimitgliedschaft verstanden haben, wie wiederum Hans Böckler schrieb<sup>21)</sup>, ja daß man sich damals nach einem Beschluß auf der dritten Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1947 zu einer Einheitsgewerkschaft bekannte, die ausdrücklich „unter dem Gesetz . . . parteipolitischer Neutralität“ steht<sup>22)</sup>.

Die gegenteilige Entwicklung im DGB hat auch in der SPD Widerspruch gefunden, welche sich seit dem Godesberger Programm (1959) nicht mehr als Arbeiter- oder Arbeiterpartei, vielmehr als Volkspartei versteht und nicht wenige Selbständige in ihren Reihen zählt. So hat die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD“ mit rund 100 000 Mitgliedern angesichts der geschilderten Vorgänge festgestellt, die SPD dürfe sich nicht zur „Arbeitnehmer- und Gewerkschaftspartei“ entwickeln (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 4, v. 5. 1. 1979).

Noch bedeutsamer ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik die Gemeinschaft von SPD und Gewerkschaften eindeutig im Europawahlkampf ablehnt. Dies ergibt sich aus Umfragen des Allensbacher Instituts und des Emnid-Instituts (vgl. Frankfurter Allgemeine Nr. 46, v. 23. 2. 1979; Handelsblatt, Nr. 77, v. 20./21.4.1979). Die letztere Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß 61 Prozent der Befragten Widerspruch gegen das Bündnis von SPD und DGB erhebt und sich nur jeder dritte Bundesbürger zustimmend äußert. Sogar von SPD-Anhängern äußerten sich immerhin 39 Prozent negativ, von Gewerkschaftsmitgliedern sogar 44 Prozent. Noch weiter gehen Jungwähler, die sich zu 54 Prozent ablehnend zum Wahlkampfbündnis zwischen SPD und den Gewerkschaften äußerten.

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter verteidigte sich unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diese öffentliche Kritik mit dem Argument, man dürfe „die Entscheidung über die Legitimation und die politische Zusammensetzung des neuen Parlaments nicht einer kleinen Schicht von gebildeten Bürgern überlassen“ (zit. nach Handelsblatt, Nr. 77, v. 20./21. 4. 1979, S. 6).

## **Schlußbemerkungen**

Als eine der großartigen und herausragenden Leistungen Europas gilt die in seinem Kulturkreis gewachsene und durchgesetzte Idee der Grund-

und Menschenrechte, des unverzichtbaren und unverlierbaren Wert- und Achtungsanspruchs der Person um ihrer selbst willen.

Die hieraus folgende freiheitliche Unterscheidung von Staat und Gesellschaft mit der Folge einer Begrenzung der staatlichen Gewalt ist in keinem Kulturkreis der Erde historisch so deutlich ausgeprägt worden wie im europäischen.

Sie ist besonders aus den seit dem Mittelalter geführten Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat um ein freies kirchliches und religiöses Selbstbestimmungsrecht hervorgegangen und damit eines der bedeutendsten Kennzeichen der heute nicht selten eher abwertend betrachteten „christlich-abendländischen“ Kultur.

In den großen Sozialenzyklen der Kirche spielt die freiheitliche Grenzziehung und Funktionsteilung zwischen Staat und Gesellschaft um der Würde der Person willen im gesamten gesellschaftsethischen und besonders auch im wirtschaftlichen Bereich eine hervorragende Rolle.

Marxistische und kommunistische Kräfte auf nationaler und europäischer Ebene sind dagegen bestrebt, gerade im sozialen und wirtschaftlichen Bereich die geschilderte freiheitliche Grenzziehung mehr und mehr zu verwischen und zugunsten einer verwalteten Gesellschaft einen neuen Kultur- und Personbegriff durchzusetzen, der einen Bruch mit der besten europäischen Tradition bedeutet.

Europawahl bedeutet auch Europawahlkampf. Die von den Parteien zur Europawahl herausgegebenen programmatischen Äußerungen machen zu einem großen Teil den Eindruck des relativ Unvorbereiteten, Überstürzten, und, was noch bedenklicher stimmt, des pragmatisch-vordergründigen Taktierens und Koalierens, paradoxerweise auch der mehr innenpolitisch orientierten machtpolitischen Behauptung und Interessenwahrung.

Nicht selten scheinen über der hieraus notwendig folgenden oder auch direkt beabsichtigten innenpolitischen Polarisierung der Parteienlandschaft die zentralen Werte einer europäischen Einigung fast ganz zu verschwinden. Folgt dem bisher so oft kritisierten „Europa der Händler und Konzerne“, dem als Ziel die bloße Profitmaximierung vorgeworfen wird, nunmehr ein auf die bloße parteipolitische Machtmaximierung ausgerichtetes „Europa der Parteifunktionäre“ und der ihnen verbundenen Interessenverbände?

Wird das europäische Parlament auf diese Weise nur eine Bühne zur Fortsetzung der nationalen Parteienpolarisierung und Machtbehauptungskämpfe mit nunmehr internationalen Mitteln und mit Hilfe internationaler „Parteienfamilien“ ohne qualitativ neue Konzepte, die wirklich auf Europa und auf seinen sittlich-humanen und geistig-kulturellen Fortbestand gerichtet sind?

In jedem Fall wird das Europaparlament, zumal wenn seine Kompetenzen einmal bis hin zu einem Gesetzgebungsrecht erweitert werden sollten, zu einem Schauplatz von Kämpfen um gesamtgesellschaftliche Ordnungsfragen werden. Schon heute mag die Vorstellung von einem starken

Europaparlament als Hebel sozialistischer Systemveränderung allen denjenigen Kräften und Regierungen Vorschub leisten, die es mit der europäischen politischen Einigung nicht besonders ernst meinen und sich mehr am nationalen Nutzen allein der wirtschaftlichen Integration orientieren.

Auf diesem Felde hat die christliche Verantwortung für Europa eine große Aufgabe, nämlich aus dem Geist der europäischen Tradition sittlich-humaner Gesellschaftsgestaltung über den vordergründigen Kampf der Ideologien und der machtpolitischen Interessenauseinandersetzungen hinaus für die Grundwerte des menschlichen Lebens und der Gesellschaft schlechthin einzutreten.

Diese Grundwerte, nämlich Menschenwürde, Wert- und Achtungsanspruch der Person um ihrer selbst willen, Toleranz und ein darauf gegründeter freiheitlicher Pluralismus, sind kein Monopol christlicher Ethik, sondern Gegenstand sittlicher Gesellschaftsverantwortung schlechthin.

## Anmerkungen

- 1) Egon C. Heinrich, Bleiben die Europa-Wähler zu Hause? In: Das Parlament, Nr. 19, 1979.
- 2) Ebd.
- 3) Zit. nach Katholische Nachrichten-Agentur (KNA), Aktueller Dienst Ausland, Nr. 91, v. 19. 4. 1979.
- 4) Heinz Stadelmann, Aufregungen um das „Euro-Barometer“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 25, v. 30. 1. 1979.
- 5) Dieter Buhl, Farce oder Fortschritt? Direktwahlen zum Europäischen Parlament: das große Experiment. In: Die Zeit, Nr. 46, v. 10. 11. 1978.
- 6) Julius Kardinal Döpfner, Ethische Grundsätze einer Wirtschaftsführung aus der Sicht der katholischen Kirche. Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Als Manuskript gedruckt. Köln 1975, S. 5 f. – Deutsche Bischofskonferenz, Gesellschaftliche Grundwerte und menschliches Glück (Reihe: Die Deutsche Bischofskonferenz, Nr. 9), 1976, S. 6.
- 7) Der Spiegel, Nr. 1, 1979, S. 44.
- 8) Vgl. den Abdruck entsprechender Materialien bei: Hans-Joachim Veen, Sozialismus, Kommunismus und die Integration Westeuropas. Melle 1978, S. 59 ff.
- 9) Zit. nach dem Abdruck der Erklärung in: Transnational – Europa wählen, Heft 8, Bonn 1978, S. 37.
- 10) A.a.O., S. 37 f.
- 11) A.a.O., S. 38.
- 12) Zit. nach dem Abdruck der Resolution bei H.-J. Veen, a.a.O., S. 59.
- 13) A.a.O., S. 61.
- 14) A.a.O., S. 62 f.
- 15) A.a.O., S. 63.
- 16) Soziale Demokratie für Europa. Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die erste europäische Direktwahl. (Verabschiedet auf dem Europa-Parteitag der SPD in Köln am 10. Dezember 1978). Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn 1978.
- 17) Heinz Oskar Vetter, Jetzt müssen Zeichen gesetzt werden. In: Welt der Arbeit, Nr. 50, v. 14. 12. 1978, S. 4.
- 18) Der Spiegel, Nr. 1, 1979, S. 45.
- 19) Dieter Buhl, Europa mit der Seele suchend – Die Sozialdemokraten wagen die linke Utopie. In: Die Zeit, Nr. 51, 1978, S. 4.
- 20) Hans Böckler, Einige Erläuterungen zur Absicht der Wiedererrichtung einer Gewerkschaft. In: U. Borsdorf u. a. (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Köln – Frankfurt/M. 1977, S. 271.
- 21) Hans Böckler, a.a.O., S. 273.
- 22) Zit. nach Abdruck bei U. Borsdorf u. a. (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft, S. 304.

## Zur Person des Verfassers

Dr. jur. Albrecht Langner, Professor für Politikwissenschaft an der Fachhochschule Niederrhein, Krefeld/Mönchengladbach.